

## **BVGer C-6619/2023 vom 6. Dezember 2023**

Bundesverwaltungsgericht, 2023-12-06, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bvger\\_C-6619\\_2023](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bvger_C-6619_2023)

FR: TAF C-6619/2023 du 6 décembre 2023

IT: TAF C-6619/2023 del 6 dicembre 2023

### **Regeste**

Heilmittel (Übriges)

### **Volltext**

Bundesverwaltungsgericht Tribunal administratif fédéral Tribunale amministrativo federale Tribunal amministrativ federal Abteilung III C-6619/2023 Urteil vom 6. Dezember 2023  
Besetzung Einzelrichter David Weiss, Gerichtsschreiberin Fiona Schneider. Parteien A.\_\_\_\_\_, Beschwerdeführer, gegen Stiftung Swiss Sport Integrity, Vorinstanz.  
Gegenstand BG über die Förderung von Sport und Bewegung (SpoFög), Dopingmittel, Vorbescheid der Stiftung Swiss Sport Integrity vom 15. November 2023. Das Bundesverwaltungsgericht stellt fest und erwägt, dass die Stiftung Swiss Sport Integrity (ehemals Stiftung Antidoping Schweiz; nachfolgend: Vorinstanz) mit "Vorbescheid (gegebenenfalls Verfügung)" vom 15. November 2023 A.\_\_\_\_\_. (nachfolgend: Beschwerdeführer) mitgeteilt hat, dass gemäss Information des Zollinspektorats Zürich vom 12. Juli 2023 eine an ihn adressierte Postsendung mit einer Flasche Testosteron 1 g (Dosierung 100 mg) zurückgehalten worden sei, da es sich um ein verbotenes Dopingmittel handle, weshalb mit allfälliger Verfügung die zurückgehaltenen Inhalte eingezogen und vernichtet würden und die Gebühr für die Einziehung und Vernichtung auf Fr. 400.- festgelegt werde, dass die Vorinstanz in ihren Erwägungen des "Vorbescheids (gegebenenfalls Verfügung)" vom 15. November 2023 ausführte, der Beschwerdeführer habe die Möglichkeit, bis am 5. Dezember 2023 per Post oder E-Mail an die Vorinstanz zur Einziehung und Vernichtung Stellung zu nehmen bzw. den vorgeworfenen Sachverhalt frist- und formgerecht zu bestreiten, andernfalls der Vorbescheid nach Ablauf der genannten Frist in die Rechtsform einer Verfügung erwachse, dass der Beschwerdeführer mit Eingabe vom 29. November 2023 schriftlich ans Bundesverwaltungsgericht gelangt ist (BVGer-act. 1), dass der Beschwerdeführer in seiner Eingabe insbesondere ausführt, dass ihm die beschlagnahmte Substanz aufgrund gesundheitlicher Probleme ärztlich verschrieben worden sei, die fragliche Substanz nur vom ihm genutzt werde und er keine Kenntnis davon gehabt habe, dass ein verordnetes und dringend benötigtes Medikament eine Freigabe benötige bzw. vernichtet werden müsse, dass gemäss Art. 31 VGG das Bundesverwaltungsgericht Beschwerden gegen Verfügungen nach Art. 5 VwVG beurteilt, sofern - wie hier - keine Ausnahme nach Art. 32 VGG vorliegt, dass als Vorinstanzen die in Art. 33 VGG genannten Behörden gelten, die Stiftung Swiss Sport Integrity gemäss Art. 33 Bst. h VGG eine solche Behörde darstellt und ihre Verfügungen betreffend die Einziehung und Vernichtung von Dopingmitteln (vgl. Art. 20 Abs. 4 des Sportförderungsgesetzes [SpoFög, SR 415.0]) vor Bundesverwaltungsgericht anfechtbar sind (vgl. Urteil des Bundesverwaltungsgerichts C-6302/2013 vom 14. September 2015 [in BVGE 2015/46 nicht publizierte] E. 1.2), dass dem Beschwerdeführer mit Schreiben vom 15. November 2023 erstmals rechtliches Gehör zur beabsichtigten Massnahme der Einziehung und

Vernichtung des benannten Dopingmittels sowie zur Kostenauflegung gewährt worden ist (Art. 30 Abs. 1 VwVG), dass es sich bei diesem Schreiben daher nicht um eine vor Bundesverwaltungsgericht anfechtbare Verfügung im Sinne von Art. 5 VwVG, sondern um einen vor Bundesverwaltungsgericht nicht anfechtbaren Vorbescheid handelt, dass es sich demnach bei der Eingabe vom 29. November 2023 auch nicht um eine Beschwerde gegen eine Verfügung im Sinne von Art. 5 VwVG, sondern um eine Stellungnahme zum "Vorbescheid (gegebenenfalls Verfügung)" vom 15. November 2023 handelt, dass deshalb auf die Eingabe des Beschwerdeführers vom 29. November 2023 mangels Zuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichts im einzelrichterlichen Verfahren nach Art. 23 Abs. 1 Bst. b VGG nicht einzutreten ist, dass gestützt auf Art. 8 Abs. 1 VwVG das Original der Eingabe des Beschwerdeführers vom 29. November 2023 samt Beilagen und Zustellumschlag zuständigkeitshalber an die Vorinstanz zur Durchführung eines in verfahrensrechtlicher Hinsicht korrekten Vorbescheidverfahrens und anschliessendem Erlass einer auch für juristische Laien unmissverständlichen, beschwerdefähigen Verfügung zu überweisen ist, dass für das vorliegende Verfahren auf die Auferlegung von Verfahrenskosten zu verzichten ist (vgl. Art. 63 Abs. 1 VwVG, Art. 6 Bst. b des Reglements über die Kosten und Entschädigungen vor dem Bundesverwaltungsgericht [VGKE, SR 173.320.2]), dass weder dem nicht anwaltlich vertretenen Beschwerdeführer noch der Vorinstanz eine Parteientschädigung zuzusprechen ist (vgl. Art. 64 Abs. 1 VwVG, Art. 7 Abs. 3 VGKE, Art. 7 Abs. 4 VGKE). Demnach erkennt das Bundesverwaltungsgericht: 1. Auf die Eingabe des Beschwerdeführers vom 29. November 2023 wird nicht eingetreten. 2. Das Original der Eingabe des Beschwerdeführers vom 29. November 2023 samt Beilagen und Zustellumschlag wird zuständigkeitshalber an die Vorinstanz zur Durchführung eines in verfahrensrechtlicher Hinsicht korrekten Vorbescheidverfahrens und anschliessendem Erlass einer unmissverständlichen, beschwerdefähigen Verfügung überwiesen. 3. Es werden keine Verfahrenskosten erhoben. 4. Es wird keine Parteientschädigung zugesprochen. 5. Dieses Urteil geht an den Beschwerdeführer, die Vorinstanz und das VBS. Für die Rechtsmittelbelehrung wird auf die nächste Seite verwiesen. Der Einzelrichter: Die Gerichtsschreiberin: David Weiss Fiona Schneider Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Entscheid kann innert 30 Tagen nach Eröffnung beim Bundesgericht, 1000 Lausanne 14, Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten geführt werden (Art. 82 ff., 90 ff. und 100 BGG). Die Frist ist gewahrt, wenn die Beschwerde spätestens am letzten Tag der Frist beim Bundesgericht eingereicht oder zu dessen Händen der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben worden ist (Art. 48 Abs. 1 BGG). Die Rechtsschrift ist in einer Amtssprache abzufassen und hat die Begehren, deren Begründung mit Angabe der Beweismittel und die Unterschrift zu enthalten. Der angefochtene Entscheid und die Beweismittel sind, soweit sie die beschwerdeführende Partei in Händen hat, beizulegen (Art. 42 BGG). Versand:

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.